

Bericht des Gemeinderats

Postulat Fraktion SP/JUSO (Corinne Mathieu/Giovanna Battagliero, SP) vom 2. Dezember 2010: Zwei Jahre Police Bern - eine erste Evaluation ist angebracht (10.000317)

In der Stadtratssitzung vom 18. August 2011 wurde das folgende Postulat erheblich erklärt:

Seit dem 1.1.2008 ist die Stadtpolizei mit der Kantonspolizei zu Police Bern fusioniert. Zwischen dem Gemeinderat und der Kantonspolizei finden regelmässige Kontrollgespräche statt, auf Wunsch der Kommission Finanzen, Sicherheit und Umwelt (FSU) werden diese Gespräche vierteljährlich durchgeführt. Die Information des Stadtrates und auch der Kommission über diese Gespräche und über das Funktionieren der Zusammenarbeit ist allerdings klar verbesserungsfähig. Auf entsprechende Vorstösse antwortet der Gemeinderat nur höchst ausweichend. Jüngstes Beispiel hierzu sind die Antworten des Gemeinderates auf die Interpellation Mathieu – „Erbringt die KAPO die im Ressourcenvertrag erbrachten Leistungen weiterhin?“

Angesichts der Tatsache, dass die Stadt einen substanziellen Beitrag zum Budget der KAPO beisteuert (ca. 30 Mio. Franken) sind wir aber der Ansicht, dass es unser Recht ist, über das Funktionieren der Zusammenarbeit detailliert informiert zu werden. Zudem ist der Ressourcenvertrag, wie schon erwähnt, seit zwei Jahren in Kraft und eine erste Evaluation ist angebracht.

Dies nimmt die SP/JUSO-Fraktion zum Anlass, den Gemeinderat zu bitten, dem Stadtrat einen Bericht über die Zusammenarbeit mit der KAPO Bern zu unterbreiten. Dieser Bericht soll insbesondere folgende Punkte beinhalten:

1. Wie sieht die im Ressourcenvertrag vereinbarte Jahresplanung aus? Insbesondere interessieren uns die Schwerpunkte, die in den letzten zwei Jahren gesetzt wurden.
2. Zwischen Gemeinderat und KAPO finden vierteljährliche Controllinggespräche statt – welche Massnahmen werden ergriffen, falls sich in diesen Gesprächen herausstellt, dass die vom Gemeinderat gesetzten Schwerpunkte nicht erreicht bzw. die Steuerungsvorgaben des Stadtrates nicht erfüllt wurden?
3. Durch die Fusion der Stadtpolizei mit der Kantonspolizei wurden zahlreiche Schnittstellen geschaffen – wie funktionieren diese (wir möchten Auskunft über jede Schnittstelle gemäss Ressourcenvertrag Anhang 2)?
4. Die Prävention ist der SP/JUSO ein wichtiges Anliegen – wir können uns allerdings des Eindrucks nicht erwehren, dass dieser in Police Bern nicht der nötige Stellenwert zukommt. Beispielsweise ergibt sich aus den Controllinggesprächen des ersten Quartals 2010, dass die Steuerungsvorgaben in diesem Bereich nicht erfüllt wurden. Was sind die Gründe dafür? Zudem will die KAPO offenbar nicht vermehrt in die Präventionsarbeit mit Jugendlichen (nach dem Vorbild der Stadtpolizei Zürich) investieren (vgl. Antwort auf Postulat Mathieu „Verstärkte Präventionsbemühungen beim Jugenddienst der Stadtpolizei“ aus dem Jahre 2007). Wie steht der Gemeinderat dazu?
5. Wo sieht der Gemeinderat Bereiche, die in der Zusammenarbeit mit der KAPO noch optimiert werden müssen?

Bern, 2. Dezember 2010

Postulat Fraktion SP/JUSO (Corinne Mathieu / Giovanna Battagliero, SP), Gisela Vollmer, Annette Lehmann, Guglielmo Grossi, Ursula Marti, Leyla Gül, Miriam Schwarz, Rithy Chheng, Halua Pinto de Magalhães, Silvia Schoch-Meyer, Patrizia Mordini, Beat Zobrist, Tanja Walliser, Lea Kusano, Thomas Götting, Ruedi Keller

Bericht des Gemeinderats

Gegenwärtig läuft auf kantonaler Ebene unter Einbezug der Gemeinden die erste Evaluation des Projekts Police Bern, wie dies in Artikel 13 des kantonalen Polizeigesetzes vorgesehen ist. Sie steht namentlich unter dem Zeichen einer Optimierung der Leistungserbringung der Kantonspolizei für die Gemeinden. Die Resultate dieser gesamtkantonalen Evaluation werden auf Ende 2012/Anfang 2013 erwartet.

Nach Ansicht des Gemeinderats können die Erfahrungen mit der Einheitspolizei und die Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei grundsätzlich positiv beurteilt werden. Diesbezüglich weist der Gemeinderat auf diverse Antworten zu parlamentarischen Vorstössen¹ hin, anlässlich derer auch Optimierungen angesprochen wurden.

Bezüglich des Modells der Einheitspolizei im Allgemeinen sieht der Gemeinderat die Trennung von politisch-strategischer und operativer Verantwortung als problembehaftet an. Diese Trennung hat zwar zu keinen Sicherheitsproblemen geführt, weil Differenzen zwischen Kanton und Stadt meist lösungsorientiert ausgetragen werden. Sie belastet aber zuweilen die politische Diskussion.

Bezüglich des Optimierungspotentials im Einzelnen vgl. Punkt 5.

Zu Punkt 1:

Die Jahresplanung ist aus dem Produktegruppenbudget der Stadt Bern ersichtlich und dort teils abgebildet. Sie gibt eine Übersicht, in welchen Bereichen die Politik einen generellen Schwerpunkt setzt und Vergleiche zu Vorjahren gezogen werden sollen. Da sicherheitsrelevante Ereignisse aber kaum planbar sind und unterjährig in grosser Zahl auftreten, kommt der Jahresplanung nur eine beschränkt steuernde Wirkung zu. Viel massgebender sind die im Alltag gesetzten Schwerpunkte und die Steuerung von Einzelereignissen.

Die Stadt Bern setzte in den letzten Jahren zahlreiche Schwerpunkte. Die Dauer und der Umfang hingen von der jeweiligen Entwicklung ab. Gerade bei Problemen im öffentlichen Raum werden regelmässig örtliche und zeitliche Schwerpunkte gesetzt. Ein dauerhafter Schwerpunkt im sicherheitspolizeilichen Bereich ist die uniformierte sichtbare Präsenz, welche auch entsprechend gesteigert werden konnte. Dank dem zusätzlichen Leistungseinkauf durch die Stadt Bern konnte diese ab 2012 noch weiter ausgebaut werden. Diese zusätzliche Präsenz

¹ Postulat Fraktion GB/JA! (Hasim Sancar, GB/Lea Bill, JA!): Was hat Police Bern gebracht? Zwischenbilanz aus Sicht der Stadt Bern; Interpellation Fraktion SP/JUSO (Ruedi Keller, SP): Police Bern: Wer kontrolliert die polizeilichen Leistungen?; Interpellation Fraktion SP/JUSO (Corinne Mathieu, SP): Police Bern – Welche Bilanz zieht der Gemeinderat nach einem Jahr Einheitspolizei?; Postulat Fraktion GB/JA! (Hasim Sancar, GB/Lea Bill, JA!) Was hat Police Bern gebracht? Zwischenbilanz aus der Sicht der Stadt Bern

wird zu einem grossen Teil in den Nächten von Freitag - Sonntag und an den Örtlichkeiten mit Vorkommnishaufungen geleistet.

Aufgrund des hohen Gewaltpotentials bei Fussballspielen musste in den letzten Jahren zwangsläufig auch in diesem Bereich ein dauerhafter Schwerpunkt gesetzt werden. Durch die konsequente Fantrennung gestaltet sich dieser Schwerpunkt in letzter Zeit erfreulicherweise weniger personalintensiv.

Im verkehrspolizeilichen Bereich wurden Kontrollen des ruhenden und fliessenden Verkehrs zu allen Tages- und Nachtzeiten durchgeführt. Durch die Stadt Bern wurde ein Schwerpunkt auf Kontrollen in der Unteren Altstadt gelegt. Im Bereich „Langsamverkehr“ wurden mit gezielten Kontrollen Widerhandlungen von Zweiradfahrenden geahndet. Dabei richtete sich das Hauptaugenmerk der Polizei auf das Nichtbeachten von Lichtsignalen, das unerlaubte Befahren des Trottoirs, das Nichtbeachten der Signalisation sowie das Fahren ohne Licht.

Die Steuerung von sicherheitsrelevanten Ereignissen ist vor allem im Bereich der zahlreichen Kundgebungen in der Stadt Bern von besonderer Bedeutung.

Zu Punkt 2:

In der Regel wurden in der Vergangenheit die Steuerungsvorgaben mehrheitlich eingehalten und zu einem grossen Teil sogar deutlich übertroffen. Einzig im 2009 konnten drei Steuerungsvorgaben nicht erreicht werden. Dies betraf einerseits die präventive Präsenz, wo man aufgrund der vielen Einsatzstunden bei Sportveranstaltungen und der Eishockey Weltmeisterschaft das Ziel nicht erreichte, andererseits in der Verkehrsprävention, wo man aufgrund fehlender Fachkräfte das Ziel leicht verfehlte. In den vergangen zwei Jahren wurden aber sämtliche Steuerungsvorgaben erreicht bzw. deutlich übertroffen.

Die von der Stadt Bern angeordneten Schwerpunkte wurden operativ grundsätzlich zufriedenstellend umgesetzt, auch wenn der Handlungsspielraum von der Stadt als zuweilen zu eng empfunden wird. Einzelnen Bereichen (Bekämpfung des Littering, verkehrspolizeiliche Kontrollen) muss die Kantonspolizei in Zukunft noch vermehrt Beachtung schenken.

Zu Punkt 3:

Da die Schnittstellen in Anhang 2 des Ressourcenvertrags im Detail umschrieben sind, verzichtet der Gemeinderat an dieser Stelle auf eine solche detaillierte Beschreibung. Im Zuge dieses Postulats liess er die Schnittstellen jedoch überprüfen. Im Grossen und Ganzen haben sich die Schnittstellen in der Praxis gut bewährt. Insgesamt bedarf es nur marginaler Anpassungen bzw. Präzisierungen der Schnittstellen, die sich wie folgt umschreiben lassen:

- Schnittstellen zu den Bereichen Sicherheit, Umwelt und Energie: Redaktionelle Änderungen und Aktualisierungen. Präzisierungen bei Schnittstelle 1.5 (Meldung aller Direktionen an Direktion SUE, welche Verträge mit privaten Sicherheitsdiensten bestehen).
- Schnittstellen zu den Bereichen Bildung, Soziales und Sport: Redaktionelle Änderungen und Aktualisierungen.
- Schnittstellen zu den Bereichen Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün: Redaktionelle Änderungen und Aktualisierungen. Neuregelung einer Schnittstelle „Littering und Abfallvergehen“. Neuregelung einer Schnittstelle „Entsorgung von Altautos“. Gewisse Präzisierungen bei Schnittstelle 3.1 und Ergänzung Fahrräder, ergänzende Regelungen bei Schnittstelle 3.3, damit Fahrzeuge unverzüglich weggeführt werden. Ergänzung der Infoplattform Verkehr

und der Sofortmassnahmen bei Störungen von Lichtsignalanlagen/Poller in Schnittstelle 3.5. Neuformulierung der Schnittstelle 3.6, welche insbesondere die Zusammenarbeit bei konkreten Verkehrsprojekten umfasst.

- Schnittstellen zu den Bereichen Finanzen, Personal und Informatik: Regelung neuer Schnittstellen zwischen den Informatikdiensten und der Kantonspolizei.
- Schnittstellen zu städtischen Gremien und anderen Institutionen: Redaktionelle Änderungen und Aktualisierungen.

Zu Punkt 4:

Auch der Gemeinderat misst der polizeilichen Präventionsarbeit einen hohen Stellenwert bei. Das neue kantonale Polizeigesetz wird die Prävention stärken, indem es die allgemeinen Polizeiaufgaben im präventiven Bereich erweitert.

Bereits in den letzten Jahren wurden Massnahmen zu einer Stärkung der Prävention getroffen. In der Region Bern wurde auf den 1. Mai 2011 eine weitere Stelle in diesem Bereich geschaffen. Anhand der Steuerungsvorgabe 2, Anzahl Informationsveranstaltungen pro Jahr, welche sich an die Öffentlichkeit richten, lässt sich nachvollziehen, dass die Kantonspolizei sehr aktiv im präventiven Bereich ist. Es wurden aufgrund der regen Nachfrage mehr als doppelt so viele Veranstaltungen durchgeführt als vorgegeben. Zusätzlich führte die Kantonspolizei zahlreiche Präventionsberatungen in der Stadt Bern durch. Detaillierte Angaben zur Präventionsarbeit sind in den Jahresberichten ersichtlich.

Einzig in der Verkehrsprävention verfehlte man im Jahr 2009 aufgrund fehlender Fachkräfte das Ziel leicht. Im 2010 und 2011 wurden aber sämtliche Steuerungsvorgaben erreicht bzw. deutlich übertroffen.

Ebenfalls massgebend ist, dass die Kantonspolizei in der Region Bern über einen spezialisierten Jugenddienst mit acht Mitarbeitenden verfügt, welche grosse Erfahrung im Bereich von straffälligen Jugendlichen aufweisen. Zusätzlich wurde im 2009 in der Kriminalabteilung der Fachbereich Jugendkriminalität geschaffen. Die Prävention hat spezielle Module im Bereich Jugendgewalt und investiert jährlich viele Stunden in diesen Themenbereich.

Zu Punkt 5:

Mit den von der Stadt ab 2012 zusätzlich eingekauften Stunden Fusspatrouillenpräsenz darf erwartet werden, dass der heute teilweise enge Handlungsspielraum bei der Schwerpunktsetzung entspannt werden kann. Der Schwerpunktsetzung kommt im Bereich der sichtbaren Fusspatrouillenpräsenz eine grosse Bedeutung zu und dies sowohl für das subjektive Sicherheitsempfinden als auch für die Kriminalitätsprävention.

Damit das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung auch in Zukunft positiv und nachhaltig beeinflusst werden kann, muss zudem noch vermehrt auf eine präventive und bürgernahe Polizeiarbeit Wert gelegt werden. Mit der Institutionalisierung von für die Bevölkerung direkt ansprechbaren Bezirkschefs und Projekten im Bereiche der lokalen Sicherheit hat die Kantonspolizei erste Schritte in diese Richtung realisiert. Im Zusammenhang mit dem Sicherheitsempfinden ist für eine Stadt wie Bern auch zentral, dass die Polizei sich weiterhin an einem gesamtheitlichen Sicherheitsbegriff, der die Ruhe und Ordnung einschliesst, orientiert und sich nicht auf rein strafrechtsrelevante Fragen zurückzieht.

Im Bereich Littering erwartet die Stadt Bern ein zusätzliches Engagement der Kantonspolizei bei der Ausstellung von Ordnungsbussen. Daneben muss dem Littering aber auch mit Änderungen auf kantonal-gesetzlicher Ebene Gegensteuer gegeben werden (Möglichkeit der Ausstellung von Ordnungsbussen in Zivil, Ahndung von Wildplakatierung beim Veranstalter). Ebenfalls konsequenter polizeilich verfolgt werden müssen die Verkehrsprobleme, die sich aus dem Abfalltourismus bei den Quartierentsorgungsstellen ergeben. Vermehrte Beachtung muss sodann den verkehrspolizeilichen Kontrollen (rollender Verkehr) und den Geschwindigkeitskontrollen geschenkt werden, insbesondere in den Quartieren.

Von diversen Seiten wird in der Stadt Bern immer wieder der Ruf nach einer kantonalen Ombudsstelle bzw. einem Kontaktgremium zwischen Bevölkerung und Polizei laut. Der Gemeinderat unterstützt die Forderung nach Schaffung einer solchen Einrichtung nach wie vor.

Schliesslich hat der Gemeinderat auch deutliche Erwartungen hinsichtlich der Überprüfung des Kostenmodells von Police Bern. Die Stadt Bern hat im Vergleich sehr hohe Sicherheitskosten zu tragen. Insgesamt dürften die Ressourcenvertragsgemeinden gegenüber Leistungseinkaufsgemeinden und solchen ohne Vertrag benachteiligt sein. Diesen Umständen müssen neue Kostenmodelle Rechnung tragen. Sollte dies nicht realisiert werden, müsste die hohe finanzielle Belastung der Stadt Bern im Bereich der öffentlichen Sicherheit im Rahmen eines künftigen Ressourcenvertrags oder des Lastenausgleichs abgedeckt werden.

Folgen für das Personal und die Finanzen
Keine.

Bern, 15. August 2012

Der Gemeinderat